

Zur Schulreform in Baden-Württemberg

In der PISA-Debatte wehrte sich Baden-Württemberg, zusammen mit Bayern, besonders energisch gegen alle Zweifel an unserem gegliederten Schulsystem, an seiner frühen Auslese und der Zuweisung zehnjähriger Kinder zu unterschiedlich anspruchsvollen Schulformen. Legitimiert fühlte sich die konservative Landesregierung durch die guten Testergebnisse der PISA-Studie im Leistungsvergleich der Bundesländer. Unberücksichtigt blieb dabei allerdings, welche Rolle das gravierende deutsche Problem der sozialen Auslese auch in Baden-Württemberg spielt.

Die bundesweit schwindende Akzeptanz der Hauptschule machte an den Grenzen Baden-Württembergs nicht Halt, trotz aller finanziell aufwendiger Maßnahmen zur Stärkung dieser Schulform als einer wichtigen Säule des dreigliedrigen Systems, - wichtig vor allem für das weitere Aussortieren der Schüler/innen mit Lernproblemen aus Gymnasien und Realschulen.

Ein wichtiges Ergebnis der PISA-Studie war, dass sich der hohe Anteil der sogenannten Risiko-Schüler/innen, die sich ohne oder auch mit einem Hauptschulabschluss immer schwerer am Arbeitsmarkt vermitteln lassen, sich vor allem in der Hauptschule versammeln. (Die Sonderschule als deutsche Spezialität spielte bei PISA keine Rolle.) Die Debatte über dieses Problem verstärkte noch einmal das Interesse von Eltern, diese von Problemen überladene Schulform zu vermeiden, was wiederum den Druck der Eltern auf die Grundschule erhöhte, eine in Baden-Württemberg verbindliche Empfehlung fürs Gymnasium oder wenigstens für die Realschule für ihr Kind zu erreichen.

Schul-Rebellen aus Oberschwaben

In dieser Situation war es nicht überraschend, dass sich Schulleiter an Grund- und Hauptschulen, die mit ihren Kollegien von dieser Entwicklung besonders betroffen sind, zu Wort meldeten, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Landesregierung eine weitere Stützungsmaßnahme beschlossen hatte, um das Siechtum der Hauptschule zu stoppen.

Am 30. April 2007 schickten vier Schulleiter von Grund- und Hauptschulen einen offenen Brief an Kultusminister Helmut Rau, zusammen mit einer Liste von 96 weiteren Schulleiterinnen und Schulleitern, die sich mit den Verfassern solidarisierten. In dem Brief nehmen die Schulleiter „mit Verwunderung und Empörung“ einen Bericht der Schwäbischen Zeitung vom 15.3.2007 zur Kenntnis, mit der Schlagzeile: „Land verordnet den Hauptschulen ein Fitnessprogramm“.

Durch diese erneute sogenannte Reform der Hauptschule werde suggeriert, heißt es in dem Brief, „dass die nicht vorhandene Akzeptanz dieser Schulart an deren mangelhafter Arbeitsweise liege“, was im Widerspruch stehe „zu dem Hohen Lied“, das der Minister „immer wieder in der Öffentlichkeit auf die Arbeitsweise der Hauptschule“ singe. Es sei in Erinnerung zu rufen, „dass die Hauptschule seit über 20 Jahren mit größtem Engagement unzählige ‚Fitnessprogramme‘ durchführe und ‚zurecht als die innovativste Schule‘ gelte, was am ‚allgemeinen Desinteresse an der Schulart Hauptschule‘ nichts geändert habe. Maßgeblich für die ‚Abwahl‘ seien andere Gründe:

- *Die Hauptschule befindet sich in der Hierarchie der Schulabschlüsse ganz unten und der Hauptschulabschluss eröffnet die geringsten Berufschancen.*

- *Die Eltern streben in der Regel für ihr Kind den „höchsten“ möglichen Abschluss an und „wählen“ für ihr Kind nach dem Selektionsverfahren der „Grundschulempfehlung“ eben nur gezwungenermaßen die Hauptschule aus. Das hiermit verbundene Leid und die Auswirkungen dieses Verfahrens auf Kinder und Eltern werden in ihrer Tragweite vielfach überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.*
- *Das gesellschaftliche Ansehen einer Person beziehungsweise Familie orientiert sich an der „Schulwahl“ und dem möglichen Schulabschluss.*
- *Die Hauptschule wird immer durch das Stigma „Restschule“ belastet.*
(S.2)

Es folgen in der Form „grundsätzlicher Fragen“ eine Abrechnung mit der Schul- und speziell der Hauptschulpolitik der letzten 20 Jahre und Verweise auf die zentralen Ergebnisse internationaler Studien, deren Konsequenz auch in Baden-Württemberg „längeres gemeinsames Lernen“ über die Grundschule hinaus sein müsse. (S.2 ff.) Allerdings könne ein integratives Schulsystem „seine Vorteile nicht neben einem parallel dazu existierenden selektiven System entfalten“. Darum sei auch die häufig geäußerte Kritik an der „Gesamtschule deutscher Prägung“ mit ihren „unzähligen Niveauekursen“ „als ein nicht funktionierendes Beispiel einer integrativen Schule“ „unseriös“. (S.5) Mit einem Konsens über längeres gemeinsames Lernen könnten viele gefährdete Schulstandorte weiterhin Bestand haben und Schulen „als kultureller Mittelpunkt einer Gemeinde“ erhalten bleiben. (S.7)

Angesichts aller „angeführten Fakten und Erkenntnisse“ fordern die Schulleiter die Landesregierung auf, „einen längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten – weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam lernen und dabei individuell gefördert werden“. Auch wenn dieser Prozess „nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen“ sei, sei es umso wichtiger, „dass parteiübergreifend endlich eine Verständigung über das Ziel eines integrativen Schulwesens hergestellt und mit der Planung geeigneter Umsetzungsschritte begonnen“ werde, „in die wir als praktizierende Schullehrer vor Ort eingebunden werden“. (S.7)

Was die Gesamtschule betrifft, so spielt sie in Baden-Württemberg kaum eine Rolle. Nur 0,3 Prozent der Schüler/innen besuchen nach der Grundschule drei Gesamtschulen in Mannheim, Heidelberg und Freiburg. (Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, 5/2006, S.9)

Reaktion der Regierung

Ein solcher Schuss vor den Bug einer über 50-jährigen Schulpolitik der regierenden CDU konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Da man jedoch nicht hundert Schulleiter/innen einbestellen konnte, die in kurzer Zeit durch viele weitere Unterstützung fanden, wurden zunächst die vier Verfasser des offenen Briefes quasi als Rädelsführer ins zuständige Regierungspräsidium Tübingen zitiert, um mit ihnen, wie aus dem Kultusministerium verlautete, über „Verfahren und Stil“ zu sprechen. (Frankfurter Rundschau, 16./17.5.2007)

Der Kultusminister will zwar weiterhin die Hauptschule „innerhalb des Systems“ reformieren, ist aber von der Rebellion der Schulleiter/innen wohl doch so beeindruckt, dass er zu Konzessionen an seine Kritiker bereit ist. So will er Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen erlauben: von gemeinsamen Unterrichtsstunden über gemeinsame Schulleitungen bis zu Schulverbänden, unter der Bedingung, dass die Dreigliedrigkeit erhalten bleibt. 300 Assistenten („Junior-Lehrer“) sollen die Lehrkräfte an Hauptschulen unterstützen, - was von

der GEW prompt als zynisch bezeichnet wird, weil die Landesregierung gleichzeitig 2400 ausgebildete Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit entlasse. (Frankfurter Rundschau, 28.6.2007)

Zu einer weiteren Eskalation im Streit der Regierung mit den „Schul-Rebellen“ kommt es, als Rudolf Bosch, Schulleiter der Grund-, Haupt- und Werkrealschule in Ravensburg und einer der vier Verfasser des offenen Briefes, die neue „Bildungsoffensive“ der Regierung als den Versuch qualifiziert, in die Bildungsdebatte Ruhe zu bringen, ohne aber die Kernprobleme zu lösen. Das reizte den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden und späteren Ministerpräsidenten Stefan Mappus zu der Drohung: „Wenn der Mann noch lange im Amt ist, weiß ich nicht, warum man das Beamtentum braucht.“ Der Protest im Lande („Maulkörbe für Schulleiter“, „Methoden des Obrigkeitsstaates“) änderte nichts daran, dass Bosch ein weiteres Mal von der Schulbehörde vorgeladen und zu mehr Zurückhaltung aufgefordert wurde. (Frankfurter Rundschau, 26./27.7.2008)

Unterstützung aus der Erziehungswissenschaft

„Der Zement und die Schule“ ist der Titel eines Beitrags von Ulrich Herrmann, bis 2004 Professor für Schulpädagogik an den Universitäten Tübingen und Ulm. (www.forum-kritische-paedagogik.de /Mai 2007) Den Titel erläutert Herrmann mit dem Hinweis: Die Schwäbische Alb bestehe „seit etwa 150 Millionen Jahren fast nur aus Kalkstein“. Heidelberg Cement sei „der größte deutsche Baustoffhersteller“. D.h.: „In Baden-Württemberg lässt sich gut zementieren! Auch das Schulsystem?“

Herrmann kommt in seinem Beitrag auch auf den offenen Brief der Schulleiter aus Oberschwaben zu sprechen, den er mit vielen weiteren Fakten, was die Misere der Hauptschule betrifft, unterstützt. Weder habe sich das dreigliedrige Schulsystem bewährt noch fordere „jemand eine Gesamtschule wie vor 30 Jahren, die in der baden-württembergischen Version die Dreigliedrigkeit intern praktizierte bzw. praktizieren musste“. Er fordert, ganz im Sinne der Grund- und Hauptschulleiter, „eine Sekundarstufe I mit verlängerter gemeinsamer Lernzeit, die zum einen eine schulische Grundbildung für alle sicherstellt und zum anderen auf internen differenzierten Wegen einen Mittleren Abschluss *für jeden*“ (S.6 f.):

Die unterschiedlichen Wege münden entweder in eine Berufsausbildung oder eine anschließende weiterführende (berufliche) Schulbildung (z.B. auf dem Weg zur Fachhochschule) oder in die Sekundarstufe II (mit dem Ziel der allgemeinen oder fachgebundenen Zulassung zum Hochschul- bzw. Universitätsstudium. (S.7)

Ulrich Herrmann beendet seinen Beitrag mit der düsteren Prognose:

Wenn sich nichts ändert, hat das Statistische Landesamt für die Jahre 2008 bis 2020 die Zahl von 100.400 Hauptschülern ohne Hauptschulabschluss prognostiziert – 100.400 junge Menschen ohne jene Chancen, die ihnen die Landesverfassung und das Schulgesetz zugesichert haben. 100.400 junge Menschen, die sich sagen lassen mussten, sie seien nicht zu gebrauchen. Viele, allzu viele von ihnen werden den Schluss ziehen: Wenn uns die Gesellschaft nicht braucht – brauchen wir sie? Wer kann es ihnen verdenken. Aber wer trägt die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Folgelasten? Die Öffentlichkeit. Wir alle. (S.12)

Im Februar 2008 erscheint, ebenfalls auf www.forum-kritische-paedagogik.de, ein Beitrag von Karl G. Zenke, der bis 2004 an den Pädagogischen Hochschulen Reutlingen und Ludwigsburg eine Professur für Schulpädagogik inne hatte. Der Beitrag „Eine kritische

Systemanalyse und konstruktive Vorschläge zur aktuellen Schulpolitik in Baden-Württemberg“ beginnt mit der Erörterung der „neuen Halbherzigkeiten“ von Kultusminister Rau, in denen keine Spur von Aufbruch zu entdecken seien, und einer „erschreckenden Mängelliste“ der über Jahrzehnte von der CDU geführten Regierung. Zenkes Analyse mündet in „Vorschläge für Sofortmaßnahmen“, darunter einige, die die zentralen Forderungen der Grund- und Hauptschulleiter unterstützen und erweitern:

- *Alle Sekundarschulen (I) sind so auszubauen, dass sie als mehrzügige Schulen bis zur Klassenstufe 10 führen und mit einem gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss verlassen werden können.*
- *Alle Schulen sind für die Lernentwicklung ihrer Schüler umfassend verantwortlich. Sitzenbleiben und Rückschulungen sind nicht erlaubt, es sei denn, Eltern und Schüler wünschen nach Beratung mit dem Lehrer einen solchen Schritt...*
- *Eine Reform der Lehrerbildung wird eingeleitet mit dem Ziel, alle Lehrer in der ersten Stufe (Abschluss BA) gemeinsam auszubilden und in der zweiten Stufe (Abschluss MA) eine pädagogische Spezialisierung vorzunehmen. Laufbahnrechtlich gibt es nur noch ein Lehramt.*
(S.19)

Vor der Landtagswahl

Die Regierung hat sich weder von ihren Schul- noch von ihren Hochschulexperten beeindrucken und von ihrem Kurs abbringen lassen, - auch nicht durch einen Wechsel an der Spitze von Günther Oettinger zu Stefan Mappus und von Helmut Rau zu Marion Schick. Im Wahlprogramm will die CDU „am dreigliedrigen Schulsystem festhalten und es behutsam ausbauen, da es die beste Förderung für jedes Kind ermögliche“. (Landeszentrale für politische Bildung: Landtagswahl 2011)

Dagegen hat die SPD in ihrem „Sofortprogramm“ bei Übernahme der Regierung angekündigt, zum Schuljahr 2011/12 im Schulgesetz zu regeln, „dass innovative Konzepte, die die Kinder besser individuell fördern und sie länger gemeinsam lernen lassen, einen Anspruch auf Genehmigung erhalten“. Sie sichert Städten und Gemeinden ab 5000 Einwohnern zu, Standort einer weiterführenden Schule zu bleiben. Voraussetzung sei die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit längeren gemeinsamen Lernzeiten für alle Kinder bis Klasse 10, an die eine gymnasiale Oberstufe sich anschließt“.

Die SPD stützt sich dabei auf ein Gutachten der Universität Konstanz, das errechnet hat, dass gut zwei Drittel der Kommunen im Land eine Schule mit Sekundarstufe I behalten können, sofern sie eine solche Gemeinschaftsschule einrichten. Bleibe es beim dreigliedrigen System, würden sich die Standorte für weiterführende Schulen um ein Drittel verringern. Die Werkrealschule ist für die SPD „nichts anderes als ein Etikettenschwindel“; lediglich „das Türschild Hauptschule“ werde „durch das Schild Werkrealschule ersetzt“. (<http://bildungsklick.de/> 11.2.2011) Ziel ihrer Bildungspolitik, heißt es im Wahlprogramm der SPD, sei es, „den Bildungsweg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln“. Die Einführung der Gemeinschaftsschule solle mit allen Beteiligten vor Ort erfolgen. (Landeszentrale für politische Bildung: Landtagswahl 2011)

Die Gemeinschaftsschule der SPD heißt im Wahlprogramm der Grünen „Basisschule“. In ihr sollen alle Schüler/innen bis zur 10.Klasse gemeinsam lernen, mit der Möglichkeit, anschließend auf eine gymnasiale Oberstufe zu wechseln. Diese „zehnjährige Gesamtschule“ soll nicht verpflichtend eingeführt werden, sondern nur dort, wo Schulen, Eltern und

Kommunen dies wollen („Schulreform von unten“). Die Einführung der Basisschule soll dazu führen, dass auch kleinere Gemeinden trotz sinkender Schülerzahlen über eine eigene weiterführende Schule verfügen. Die neu eingeführte Werkrealschule dagegen würde die Probleme der Schule nicht lösen und das Schulsterben im ländlichen Raum beschleunigen. (Landeszentrale für politische Bildung: Landtagswahl 2011).

Das Schulkonzept der neuen Regierung

Sicher hat die heftig diskutierte Schulpolitik bei der Landtagswahl eine Rolle gespielt, auch wenn das Thema in der heißen Phase des Wahlkampfes überschattet wurde von Stuttgart 21 und, nach Fukushima, von der Auseinandersetzung um eine andere Energiepolitik. Dennoch war der Ausgang der Wahl wohl auch ein Absage an das starre Festhalten am dreigliedrigen System, mit einer dahinsiechenden Hauptschule, allen „Fitnessprogrammen“ der Regierung zum Trotz. Das Kultusministerium, das seit 1953 fest in CDU-Hand war, übernimmt in der neuen Regierung die SPD mit Gabriele Warminski-Leitheußer, die vorher Bildungsbürgermeisterin der Stadt Mannheim war.

Im Koalitionsvertrag vom 26.4.2011 vereinbarten die beiden Koalitionspartner für die Zeit von 2011 bis 2016 vier zentrale schulpolitische Reformvorhaben:

- Die verbindliche Grundschulempfehlung wird durch „qualifizierte Beratung der Eltern“ ersetzt. Nach dieser Beratung durch die Grundschule treffen die Eltern „die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind“. (S.6)
- Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule für alle Kinder bis mindestens Ende Klasse 10. Sie „sichert insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Abschlüssen“. Die Gemeinschaftsschule ist eine „echte Ganztagschule“. Sie wird als neue Schulform im Schulgesetz verankert und ist ein Angebot an die Kommunen, die sie im Einvernehmen mit den Schulen einrichten, „wenn sie dies wollen“. (S.6 f.)
- Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen will die Koalition im Schulbereich „konsequent umsetzen“. Die Eltern können „nach einer qualifizierten Beratung selbst entscheiden, ob ihre Kinder eine Sonderschule oder eine Regelschule besuchen“. Die Regelschulen erhalten „die für die Inklusion notwendige personelle, räumliche und sächliche Ausstattung“. (S.7)
- In der Lehrerausbildung strebt die Koalition an, „die schulartbezogene Ausbildung zugunsten des Stufenlehramts zu überwinden“. Dieser Prozess soll „gemeinsam mit den Hochschulen im Land“ umgesetzt werden. (S.9)

Da die Gemeinschaftsschule ein Angebot an die Kommunen ist („Schulentwicklung von unten“), ändert sich an der bestehenden Dreigliedrigkeit nur etwas, wenn die Kommunen von dem Angebot Gebrauch machen und die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule beantragen. Zu den bestehenden Schulformen ist dem Koalitionsvertrag zu entnehmen:

- An der Werkrealschule der alten Regierung, die die Koalition nicht für zukunftsfähig hält, wird nun allen Schüler/innen ein 10.Schuljahr ermöglicht, und zwar „ohne Notenhürde nach der 9.Klasse“ und der Hauptschulabschluss kann auch nach Klasse 10 noch erworben werden. „Die teilweise Auslagerung des Unterrichts im zehnten Schuljahr in die Berufsfachschulen“ wird gestoppt und die „frühe berufliche

Spezialisierung durch Wahlpflichtfächer“ „durch eine breite berufliche Orientierung ersetzt“. (S.8)

- Die Realschulen werden sich mit der schwindenden Akzeptanz der Werkrealschule den „Herausforderungen einer immer heterogeneren Schülerschaft“ stellen müssen.
- Den Gymnasien wird „auf Wunsch der Schulkonferenz und auf Antrag des jeweiligen Schulträgers, zunächst als Schulversuch“, die Möglichkeit gegeben, „zwei Geschwindigkeiten, also einen achtjährigen oder einen neunjährigen Zug, einzuführen“. (S.8)

Von den im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformvorhaben sind inzwischen bereits einige auf den Weg gebracht. Im Oktober 2011 beschloss der Ministerrat den Gesetzentwurf für die Weiterentwicklung der Werkrealschule (<http://bildungsklick.de/> 7.10.2011) und im Dezember 2011 setzte die grün-rote Mehrheit im Landtag durch, dass die verbindliche Grundschulempfehlung schon für das nächste Schuljahr wegfällt. (<http://bildungsklick.de/> 9.12.2011)

Ebenfalls im Dezember verabschiedete der Ministerrat auch den Gesetzentwurf zur Einführung der Gemeinschaftsschule und konkretisierte die Rahmenbedingungen dieser neuen Schulform. Darunter die folgenden:

- Die Gemeinschaftsschule umfasst grundsätzlich die Sekundarstufe I (5-10).
- Mit mindestens 60 Schüler/innen, die die Oberstufe besuchen wollen, kann sie eine Sekundarstufe II (11-13) einrichten.
- Eine Primarstufe kann an die Gemeinschaftsschule angebunden werden, sodass sich vier Varianten ergeben: 1-10, 5-10, 5-13 und 1-13.
- Die Gemeinschaftsschule ist zumindest in den Klassenstufen 5-10 immer „eine verbindliche Ganztagschule“.
- Sie ist in der Regel zwei- und mehrzünftig mit einem Klassenteiler bei 28 Schüler/innen. „In Ausnahmefällen, bei besonderen Bedarfslagen im ländlichen Raum, kann auch eine einzügige Schule Gemeinschaftsschule werden“, wenn sie „auf Dauer in der Regel mindestens 20 Schüler nachweisen kann“.
- Alle allgemeinbildenden weiterführenden Schulen können sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln. (<http://bildungsklick.de/> 13.12.2011)

Mitte Januar 2012 veröffentlichte das Kultusministerium eine Liste von 34 Schulen, die „sehr gute Aussichten haben, im Schuljahre 2012/2013 erste Gemeinschaftsschulen zu werden“. Darunter sind 16 zwei- und mehrzünftig, 13 ein- bis zweizünftig und 5 bislang einzügig. Für die Bewertung des pädagogischen Konzepts einer Schule orientiert sich das Ministerium an den Kriterien, die jährlich für den Deutschen Schulpreis angelegt werden, zusammen mit drei weiteren Kriterien: Ganztagsbetreuung, Inklusion und aktive Elternarbeit. Die endgültige Entscheidung über die Anträge des Schulträgers fällt das Ministerium nach der Verabschiedung der Schulgesetznovelle im Landtag, die für April geplant ist. (<http://bildungsklick.de/> 16.1.2012)

Wie konsensfähig ist die Schulreform von Grün-Rot?

Mit diesem ambitionierten Programm ist die neue Regierung gestartet, wobei das Projekt „Gemeinschaftsschule“ sicher die stärkste Provokation einer Jahrzehnte währenden Politik der Dreigliedrigkeit darstellt. Wie ist die Reform aufgenommen worden von der neuen Oppositionspartei CDU und von den schulpolitisch relevanten Organisationen?

CDU in der Opposition

Die CDU Baden-Württembergs reagierte im Sommer 2011 empört, als die Bundes-CDU mit Annette Schavan als zuständige Ministerin Überlegungen anstellte, wie mit dem Problem Hauptschule anders umgegangen werden könnte, und ein zweigliedriges System nach sächsischem Muster vorsichtig in Erwägung zog (Stuttgarter Zeitung, 15.7.2011). Sie ist auch nach der verlorenen Landtagswahl nicht bereit, ihren Kurs der Dreigliedrigkeit zu ändern. Auf einem bildungspolitischen Sonderparteitag am 15.10. 2011 tritt sie weiterhin „entschieden für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung“ und „für die Beibehaltung des differenzierten Bildungssystems“ ein. (www.cdu-bw.de)

In einem Interview nach dem Parteitag äußerte sich der Landesvorsitzende Thomas Strobel zur Schulpolitik der neuen Regierung:

Egal, wie Grün-Rot es nun nennt: Die Gemeinschaftsschule ist nichts anderes als die Einheitsschule. Sie ist der Versuch, die Kinder gleich zu machen. Statt jedem Kind in einem differenzierten Schulsystem eine passende Förderung zu bieten, bekommen alle das Gleiche und kein Kind das Richtige. Deshalb werden wir uns gegen diese Gleichmacherei entschieden wehren. (Welt Online, 16.10.2011)

Ob die Partei diesen harten Konfrontationskurs bis zu nächsten Landtagswahl wird durchhalten können, wird wohl entscheidend von der Entwicklung der Gemeinschaftsschule, auch und gerade in CDU-regierten Kommunen, abhängen.

Philologenverband

Volle Unterstützung erhält die oppositionelle CDU vom Philologenverband Baden-Württemberg, der in einer Pressemitteilung vom 3.5.2011 alle strukturelevanten Vorhaben der Koalition ablehnt, von der „Inklusion“ abgesehen, die unerwähnt bleibt.

- Der Verband ist gegen die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Er hält sie für „kontraproduktiv“ und beruft sich dabei auf die Meinung eines Expertenrats um Jürgen Baumert.
- Der Verband ist gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule. Eine gegliederte Schulstruktur komme „allen Schülerinnen und Schülern zugute, insbesondere auch Kindern aus sozial schwächeren Schichten und mit Migrationshintergrund“. Er fordert darum von der neuen Kultusministerin den weiteren Ausbau der Werkrealschule.
- Auf entschiedene Ablehnung stößt die angekündigte Ablösung der schulartbezogenen Lehrerbildung zugunsten eines Stufenlehramtes, „weil das Gymnasium von Klasse 5-12 ein eigenes, durchgehendes und anspruchsvolles Profil aufweist, dem nur eine spezifische gymnasiale Berufsausbildung gerecht werden“ könne. (www.phv-bw.de)

Das einzige Vorhaben der neuen Regierung, das der Verband gut heißt, ist das Angebot an Schulen, neben G8- auch G9-Züge einzurichten. (<http://bildungsklick.de/> 13.5.2011)

Realschullehrerverband

Ebenso entschieden wie der Philologenverband lehnt auch der Realschullehrerverband (RLV), zusammen mit dem Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), unter den vier Reformvorhaben der neuen Regierung die Gemeinschaftsschule ab. Nur ist der Verband in

einer viel weniger komfortablen Situation als der einflussreiche Philologenverband. Während das Gymnasium in allen Reformmaßnahmen der Bundesländern, Baden-Württemberg unter Grün-Rot eingeschlossen, gesetzt ist, erfährt die Realschule, dass sie bei dem bundesweiten Trend zur Zweigliedrigkeit als eigenständige Schulform verschwindet, ob nun im sächsischen Modell, einer Fusion mit der Hauptschule, oder im Hamburger Modell, wo sie mit Haupt- und Gesamtschule fusioniert.

Deswegen gab es in Baden-Württemberg schon Proteste des Verbandes unter der alten Regierung, als Kultusminister Rau eine vorsichtige Öffnung für die Kooperation zwischen Haupt- und Realschule ankündigte. Der Erhalt der Hauptschule oder Werkrealschule ist für den Verband ein noch dringenderes Anliegen als für den Philologenverband, der auch mit einem zweigliedrigen System leben kann.

Verständlich darum, wenn auch kurios, wenn der Verband mehr Anerkennung für die Arbeit der Hauptschule einklagt. Als die Bundes-CDU über ein zweigliedriges System nach sächsischem Muster nachdachte, forderte der VDR in einem offenen Brief vom 1.7.2011 an die Bundesbildungsministerin, das „Schlechttreden der Hauptschule und der Hauptschulbildung“ zu beenden; denn da werde „von den Kolleginnen und Kollegen eine hervorragende pädagogische Arbeit geleistet“ und es würden „sehr gute Schulerfolge erzielt“. Darum hätten diese „Schulart, ihre Schüler und ihre Lehrkräfte“ mehr „Unterstützung und Anerkennung“ verdient, „vor allem auch durch Politik und Medien“.

Die Grund- und Hauptschulleiter aus Oberschwaben und ihre zahlreichen Mitstreiter/innen im Lande, denen die aufwendigen Unterstützungsmaßnahmen der Politik für eine dahinsiechende Hauptschule zuletzt einfach zuviel wurden, werden dieses Lob eines Verbandes, der sich ansonsten mit allen Mitteln gegen eine Fusion mit der Hauptschule wehrt, wohl nur als ein vergiftetes empfinden können.

Wirklichkeit ist, dass die Realschule jetzt schon mit jeder Haupt- oder Werkrealschule, die geschlossen wird, die Möglichkeit verliert, Schüler/innen mit Lernproblemen in eine benachbarte Hauptschule abzuschieben, und sie kann nicht umhin, verstärkt auch leistungsschwächere Schüler/innen aufzunehmen und bis zu einem Abschluss zu fördern. Es ist darum absehbar, dass der Widerstand des Verbandes gegen die Gemeinschaftsschule in dem Maße geringer wird, als Realschulen das Angebot annehmen, sich im Einvernehmen mit den Eltern und dem Schulträger, in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln, - in eine Schule, die gymnasiale Standards hat und zur allgemeinen Hochschulreife führen kann. Diese Schule wird zwar auch überwiegend Schüler/innen unterrichten, die im alten System für Haupt- oder Realschule empfohlen wurden, aber sie hat die Chance, mit einem guten pädagogischen Programm auch für Eltern leistungsstarker Kinder attraktiv zu sein, wie das bei vielen reformorientierten Gesamtschulen seit vielen Jahren zu beobachten ist.

Unerörtert lässt der Realschullehrerverband in seinen öffentlichen Stellungnahmen Inklusion, die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und das Projekt „Stufenlehramt“.

Verband Bildung und Erziehung

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), der die Interessen aller Lehrer/innen, die nicht am Gymnasium unterrichten, also auch der Grund- und Hauptschullehrer/innen vertritt, sieht die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung positiv. Durch den Wegfall werde „der Druck, den Eltern auf die Schule auszuüben versucht haben, deutlich entschärft“.
(<http://bildungsklick.de> /12.12.2011)

Der Verband lehnt auch die neue Gemeinschaftsschule nicht ab, sieht in ihr aber nur eine Schulform wie andere auch. Dass die neue Regierung diese Schulart offensichtlich favorisiere, habe allerdings „einen ideologischen Beigeschmack“ und laufe „dem Ziel zuwider, Schulstrukturen freier und offener zu gestalten“. (<http://bildungsklick.de/> 29.4.2011)

Im Streit zwischen Bundesbildungsministerin und der Südwest-CDU ist der Verband allerdings ganz bei der neuen Regierung und den Forderungen der „Schul-Rebellen“. Dieser Streit sei „rein akademischer Natur“; denn die Hauptschule stehe „bereits auf der ‚Roten Liste‘ der vom Aussterben bedrohten Schularten“. Jeder habe zwar in der Vergangenheit immer wieder betont, wie wertvoll die Hauptschule im gegliederten Schulwesen sei, das eigene Kind aber, wenn irgend mögliche, auf Realschule oder Gymnasium geschickt. (<http://bildungsklick.de/> / 19.8.2011)

Uneingeschränkte Zustimmung signalisiert der Verband in Sachen „Stufenlehrer“. „Eine Lehrerausbildung, die schon vom Ansatz her auf ‚niedere‘ und ‚höhere‘ Lehrer“ ziele, erklärt der Landesvorsitzende Gerhard Brand, habe der Verband immer abgelehnt. Dies sei ein Relikt aus dem vorvorigen Jahrhundert, als es wichtig gewesen sei, auf Standesunterschiede zu achten und Klassenschranken in den Schulen zu bewahren. (<http://bildungsklick.de/> 9.6.2011)

„Inklusion“ ist für den Verband ein wichtiges Thema, er warnt aber davor, die Aufgabe den Schulen einfach überzustülpen, ohne dass vorher die entsprechenden personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen geschaffen werden. (<http://bildungsklick.de/> 2.5.2011)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die GEW, der größte Lehrerverband in Baden-Württemberg, begrüßt die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Dies dürfe jedoch keine „isolierte Maßnahme“ bleiben; denn die Entscheidung treffe „unvorbereitet auf ein gegliedertes Schulsystem“. Es brauche bessere Bedingungen an Realschulen und Gymnasien, sonst seien „dort die Lehrkräfte in den vollen Klassen überfordert und die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen“ würden sich nicht verbessern, erklärt die Landesvorsitzende Doro Moritz. (<http://bildungsklick.de/> 20.7.2011)

Den Gesetzentwurf für die Einführung der Gemeinschaftsschule nennt die Landesvorsitzende einen „historischen Moment für Baden-Württemberg“. Sie begrüßt, „dass in der Gemeinschaftsschule individuelle und kooperative Lernformen selbstverständlich werden, die für jedes Kind alle Bildungswege offen halten“. Enttäuscht ist die Vorsitzende allerdings über die geplante Ausstattung der ersten Gemeinschaftsschulen. Sie kritisiert die hohe Unterrichtsverpflichtung für die Lehrer/innen mit 27 Unterrichtsstunden und nennt die zusätzlichen zwei Stunden für jede Klasse unzureichend. Wer Gemeinschaftsschulen so ausstatte, baue „auf die Selbstaubeutung der Lehrerinnen und Lehrer“ und gefährde „die Akzeptanz der Schule“. Eine neue Lernkultur brauche mehr Zeit und erfordere höhere Investitionen, „wenn Gemeinschaftsschulen Leuchttürme in der Schullandschaft werden sollen“. (<http://bildungsklick.de/> 13.12.2011)

Bei den 34 Schulen, die nach den Prüfkriterien des Ministeriums schon 2012/13 als Gemeinschaftsschulen an den Start gehen sollen, handelt es sich für die GEW-Vorsitzende um Schulen, die „ihre Kompetenz in Eigeninitiative und auf eigene Kosten ohne Unterstützung der CDU-Minister/innen vergangener Jahre erworben“ haben. Unter diesen Schulen seien viele, die aufgrund ihrer Schülerzahlen kein breites Profil bieten können. Damit würden „die

langjährige hoch qualifizierte Arbeit und die Konzepte der Schulen honoriert“. Dennoch empfiehlt die GEW-Vorsitzende, „dass künftig Gemeinschaftsschulen mindestens zweizügig“ sein sollten. (<http://bildungsklick.de/> 16.1.2012)

Die GEW forderte schon von der alten Regierung ganz entschieden die Umsetzung der UN-Konvention für das Recht behinderter Menschen im Schulbereich und begrüßt darum die Bereitschaft der neuen Regierung dazu. Sie will allerdings auch, dass Inklusion wirklich machbar wird. Da das Land bisher wenig Erfahrung habe mit Heterogenität und Inklusion, brauche es „mehr Zeit, mehr Erzieherinnen, mehr Fortbildung“, um das Vorhaben erfolgreich umzusetzen. (<http://bildungsklick.de/> 6.5.2011)

Das Projekt „Stufenlehrer“ findet sich nicht eigens erörtert in den mir zugänglich gewordenen Stellungnahmen der GEW. Dass dieses Vorhaben dringlich wird im Hinblick auf die Einführung der Gemeinschaftsschule, zeigen zwei Äußerungen der Landesvorsitzenden. So bedeute das Deputat mit 27 Unterrichtsstunden „für Gymnasiallehrkräfte eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um zwei Wochenstunden“. So könne „die Qualität des Unterrichts in den Gemeinschaftsschulen nicht gesichert werden“ (<http://bildungsklick.de/> 13.12.2011). An anderer Stelle warnt die Vorsitzende davor, erst später Gymnasiallehrer an die Gemeinschaftsschule zu holen. Die Eltern von Kindern mit Gymnasialempfehlung würden misstrauisch, wenn es noch keine Gymnasiallehrer/innen an der Gemeinschaftsschule gebe. (Boulevard Baden, 31.12.2011).

Hier bahnt sich, wenn die Regierung nicht bald die Lehrerausbildung neu zu ordnen beginnt, das gleiche Problem an, das an Gesamtschulen das Arbeitsklima belastet, wo auch Lehrer/innen verschiedener Lehrämter unterrichten, die mit unterschiedlichem Deputat und unterschiedlicher Besoldung die gleiche Arbeit leisten. Mit der Gemeinschaftsschule braucht Baden-Württemberg, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, eine ähnliche Lehrerausbildung, wie sie Nordrhein-Westfalen 2008 noch unter der schwarz-gelben Regierung Rüttgers beschlossen hat: Ein gestuftes Modell mit gleichwertigen Studiengängen: ein Bachelor-Studium von 6 und ein Master-Studium von 4 Semestern für alle Lehrämter.

Die Frage nach der Konsensfähigkeit der Reform unter den Parteien und den schulpolitisch relevanten Organisationen wird sich wohl erst im Vorfeld der nächsten Landtagswahl beantworten lassen. Bei der Zustimmung der Eltern, der Schulen und der Schulträger wird viel davon abhängen, wie die einzelnen Reformvorhaben aufeinander abgestimmt und, vor allem, ob die konkreten Maßnahmen angemessen personell und materiell ausgestattet werden. Von der Umsetzung wird abhängen, ob der Reformprozess auch ein Beitrag sein kann zum Schulfrieden im Land.

Immerhin gibt es mit der Gemeinschaftsschule nun in Baden-Württemberg über die drei Gesamtschulen hinaus ein Angebot an diejenigen, die seit langem in diesem Bundesland eine für alle Kinder offene Schule fordern, in der unabhängig vom Leistungsprofil der Grundschule und ohne Auslesedruck gemeinsam gelernt werden kann und in der alle Abschlüsse, auch das Abitur, erreichbar sind.

Quelle: <http://user.uni-frankfurt.de/~merkelba>